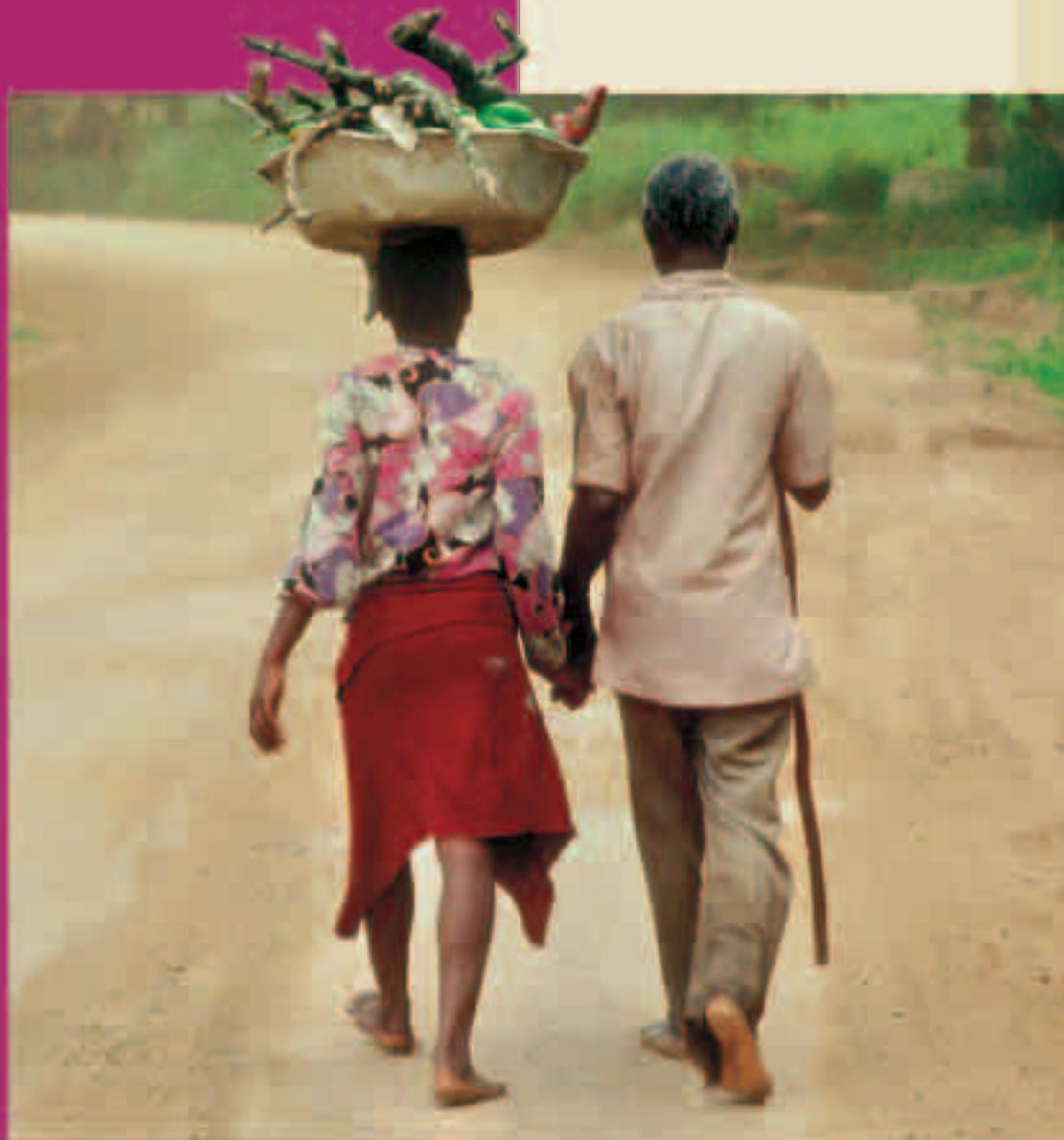


# Gemeinsam für Gerechtigkeit und Frieden



40 Jahre entwicklungspolitische  
Zusammenarbeit zwischen der  
Bundesregierung und den Kirchen

40 Jahre

# Inhalt



Foto: Lippoth / MISEREOR



Seite

- 3 → Editorial
- 4-7 → Im Dialog Zukunft sichern
- 8-11 → Für Gerechtigkeit eintreten
- 12-15 → Den Armen Stimme geben
- 16-19 → Entwicklungszusammenarbeit im Gespräch
- 20-23 → Frieden schaffen
- 24-27 → Hoffnung geben – AIDS bekämpfen
- 28-31 → Ressourcen schützen

www.zentralstellen-ez.de  
 www.zentralstellen-ez.de  
 www.zentralstellen-ez.de

### Impressum

#### Herausgeber

- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e.V., Evangelischer Entwicklungsdienst
- Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e.V., MISEREOR

#### Verantwortlich

Cay Gabbe,  
 Dr. Hartmut Bauer,  
 Dr. Martin Bröckelmann-Simon,  
 Reinhard Backes (freier Mitarbeiter, Redaktion)

#### Grafische Gestaltung

Anja Hammers, MISEREOR

#### Foto Titel

KNA-Bild

© 2002 bei den Herausgebern



Fotos: Krapp / MISEREOR (li.), Larscheid / MISEREOR (re.)

## Liebe Leserin, lieber Leser!

**A**ufgaben lassen sich leichter lösen, wenn sie gemeinsam geschultert werden: Jede Einzelne und jeder Einzelne kann die jeweiligen Stärken einbringen und auf die der Partner bauen. Diesem Grundsatz ist die Entwicklungszusammenarbeit des Staates und der Kirchen in der Bundesrepublik seit vier Jahrzehnten verpflichtet. Für zahllose Menschen hat diese Kooperation neue Perspektiven gebracht – in den Entwicklungsländern wie in Deutschland.

Zwischen Staat und Kirchen besteht seit 1962 eine Kooperation. Seitdem arbeiten die EZE, die Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e.V., wie die KZE, die Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e.V., mit der Bundesregierung bzw. dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zusammen. Beide Zentralstellen sind in kirchliche Hilfswerke eingebunden: die EZE im Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) in Bonn, der eng mit Brot für die Welt zusammenarbeitet, die KZE und ihre Geschäftsstelle im katholischen Hilfswerk MISEREOR in Aachen.

Die Kooperation zwischen BMZ, EZE und KZE hat Bestand, weil sie mit unterschiedlichen, aber sich ergänzenden Mitteln gemeinsame Ziele verfolgen wie:

- Friedensentwicklung und Konfliktprävention,
- Armutsbekämpfung und Entschuldung armer Länder,
- Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Diese Aufgaben erfordern finanzielle Mittel, die vom Staat und von den Kirchen bereitgestellt werden.

In der Öffentlichkeit wird die Zusammenarbeit, die auf kirchlicher Seite zahlreiche Partner weltweit einschließt, nur bedingt wahrgenommen. Die Broschüre möchte anhand von konkreten Projekten der Entwicklungszusammenarbeit Einblicke bieten und das entwicklungspolitische Handeln der Kirchen deutlich machen. Sie dokumentiert Arbeitsweise, Zielrichtung und den konkreten Nutzen für die Armen und Benachteiligten. ←

*Heidemarie Wiczorek-Zeul*

Bundesministerin Heidemarie Wiczorek-Zeul  
Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

*Stephan Reimers*

Prälat Dr. Stephan Reimers  
Vorstandsvorsitzender EZE

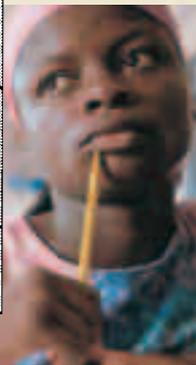
*Karl Jüsten*

Prälat Dr. Karl Jüsten  
Vorstandsvorsitzender KZE



Fotos: KNA-Bild





## Selbsthilfe braucht Dialog – ein Beispiel aus Kamerun

**F**ür die staatliche wie kirchliche Entwicklungsarbeit gilt der Grundsatz: Entwicklung muss von den Betroffenen selbst ausgehen. Geleistete Hilfe soll zu Selbsthilfe und Selbstbehauptung führen. Deshalb werden Projekte von den Partnern geplant und durchgeführt. Das setzt einen beständigen Dialog aller Beteiligten voraus.

### → Stichwort ←

Die **Entwicklungszusammenarbeit** von Staat und Kirchen liegt seit 1962 auf Seiten der Kirchen in der Verantwortung von EZE (Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e.V.) und KZE (Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e.V.). Bis heute haben in der Entwicklungszusammenarbeit folgende Grundsätze Bestand: → Die kirchlichen Zentralstellen treffen die Auswahl der Projekte. Auf der Grundlage vereinbarter Grundsätze bestimmen sie in erster Linie selbst das Projektprogramm. → Mit der Vergabe der Mittel werden keine politischen Auflagen verbunden. → Projekte mit missionarischem Charakter werden nicht gefördert.

Ein Beispiel aus Afrika: CIPCRE – Cercle International pour la Promotion de la Création (Internationaler Kreis zur Förderung der Schöpfung) ist ein Zusammenschluss evangelischer und katholischer Christen. Die Nichtregierungsorganisation hat ihren Sitz in der Stadt Bafoussam im Hochland von Kamerun. Sie setzt sich für eine gerechtere ländliche Entwicklung ein und hilft dabei Bauerngruppen bei ihrer Selbstorganisation und der Einführung standortgerechter Landwirtschaft. Etwa 60.000 Menschen werden erreicht. Im ganzen Land hat sie Vorhaben zum Schutz der gefährdeten Umwelt mit Schulen, Bürgergruppen, in den Medien usw. angestoßen. Beteiligung und Bewusstseinschärfung stehen im Mittelpunkt.



Fotos: Laischeid/MISEREOR (li.), Lippethy/MISEREOR (re.)

Der Evangelische Entwicklungsdienst e.V. (EED) wurde 1999 auf Initiative der Evangelischen Kirche in Deutschland von den Landes- und Freikirchen mit Sitz in Bonn in der Überzeugung gegründet, daß Verkündigung und Dienst in der Gesellschaft zusammengehören. Der EED unterstützt Kirchen, christliche Organisationen und private Träger, die sich am Aufbau einer gerechten Gesellschaft beteiligen und Menschen helfen, die in Not und Armut leben oder von Krieg und anderen Katastrophen bedroht sind. Der EED fördert zudem Maßnahmen in Deutschland, die in Kirche, Öffentlichkeit und Politik das Bewusstsein und die Bereitschaft wecken, sich für die Überwindung von Not, Armut, Verfolgung und Unfrieden in der Welt einzusetzen.

Neben diesen beiden Kernbereichen hat CIPCRE ein hohes Engagement zu Fragen der Konfliktarbeit und zur Überwindung religiöser und tribaler Spannungen entwickelt. 2001 wurde, wie jedes Jahr, eine gemeinsame Osterkampagne, diesmal gegen Korruption und Tribalismus, gestartet. CIPCRE organisierte zusammen mit verschiedenen Kirchen, Justitia et Pax und islamischen Gruppen eine Vielzahl von Veranstaltungen und Dialogrunden. In Sommerkursen wurden 150 ehrenamtliche Mitarbeitende aus der christlichen Jugendarbeit ausgebildet, die Gemeindegruppen zu gesellschaftspolitischen Themen anleiten sollen. In einer „Kette aktiver Solidarität“ tauschten Vertreter und Vertreterinnen christlicher und muslimischer Gruppen ihre Erfahrungen und Ideen zur Menschenrechts- und Ökologiearbeit aus.

EZE/EED unterstützt CIPCRE seit 1990. Das laufende Programm wird mit 600.000 € aus BMZ-Mitteln gefördert. ←

## Ins Gespräch kommen: Den Armen Gerechtigkeit

**I**n einer globalisierten Welt ist es auch für die Menschen in Deutschland unverzichtbar, sich mit der Armut und ihren Ursachen in Entwicklungsländern zu beschäftigen. Denn vielfach liegt ein Teil der Verantwortung für die Armut im Süden bei den Ländern des Nordens. Um Armut zu überwinden, sind daher nicht nur Reformen in Entwicklungsländern notwendig; die reichen Industrieländer können sich davon nicht einfach ausnehmen. Eine gerechte Welthandelsordnung beispielsweise, die dazu beiträgt, die Lebenssituation der Armen zu verbessern, erfordert einen globalen Interessensausgleich und damit auch Zugeständnisse der reichen Länder an die Armen.



Fotos: Knapp / MISEREOR (li.), MISEREOR-Archiv (li.)

Zum Selbstverständnis der kirchlichen Hilfswerke zählt deshalb neben der Projektarbeit in Entwicklungsländern die so genannte Inlandsarbeit: Es gibt eine weitverzweigte entwicklungspolitische Bildungsarbeit, kirchliche Teilnahme an Kampagnen und bewusstenbildenden Aktionen, eine intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Lobby- und Advocacyarbeit für die Durchsetzung armutsmindernder Politik.

Hier leisten die Kirchen und kirchlichen Hilfswerke einen Beitrag, der weitestgehend aus Eigenmitteln bestritten wird. In ganz Deutschland gibt es eine Fülle von Aktivitäten in kirchlichen Gruppen, Gemeinden, Verbänden, Orden und Missionswerken. Sie motivieren zur Solidarität mit den Armen und Benachteiligten im eigenen Land wie in den Entwicklungsländern.

Für Öffentlichkeits-, Bildungs- und Lobbyarbeit stellen der Evangelische Entwicklungsdienst (EED), Brot für die Welt und das katholische Hilfswerk MISEREOR 2001 rund 20 Millionen € bereit.

In der entwicklungspolitischen Bildung kooperiert das BMZ mit einer Vielzahl von Organisationen. Ein Schwerpunkt ist die Arbeit in Schulen. Ein intensiver fachlicher Austausch mit kirchlichen Einrichtungen ist dafür unerlässlich. ←



Dr. Konrad von Bonin,  
Vorstandsvorsitzender  
des Evangelischen  
Entwicklungsdienstes



Dr. Josef Sayer,  
Hauptgeschäftsführer  
MISEREOR/KZE

Fotos: Eimpf / MISEREOR (li.), EED (o.)

## Definition

### Die Zentralstellen

1962 gründeten die Kirchen die Zentralstellen: EZE (Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e.V.) und KZE (Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e.V.). Sie sind von Seiten der Kirchen die Hauptansprechpartner für die Bundesregierung im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Auf Seiten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist insbesondere das Kirchenreferat für diese Zusammenarbeit verantwortlich. Die Kooperation besteht im Kern in der Mitfinanzierung wichtiger Vorhaben der Kirchen durch das BMZ über EZE und KZE. Die Zentralstellen treffen die Auswahl von Projekten. Den größten Teil der Zuwendungen des BMZ vergeben sie eigenverantwortlich. Dem gehen jährlich Fachgespräche und Kontakte in Arbeitsgruppen zwischen Vertreterinnen und Vertretern von BMZ, EZE und KZE voraus. Hier wird der Rahmen für die Förderprogramme abgestimmt. Über die Verwendung der Mittel geben die Zentralstellen Rechenschaft.

## Dialog: Die Religionen arbeiten zusammen



**B**ei der Entwicklungszusammenarbeit von Staat und Kirchen geht es nicht um eine bloße Förderung „kirchlicher Projekte“, auch wenn die Partner in Übersee meist kirchliche Initiativen oder den Kirchen nahe stehende Gruppen sind. Die Zusammenarbeit setzt vielmehr auf strukturelle Veränderungen der Lebenssituation benachteiligter Bevölkerungsgruppen. Werden etwa die natürlichen Ressourcen eines Landes dauerhaft gerechter verteilt, beugt dies Konflikten vor. Das setzt auch einen Dialog voraus, der von Respekt vor anderen Religionen geprägt ist und die Zusammenarbeit mit ihnen sucht.



Foto: KNA-Bild

Ein Beispiel aus Burkina Faso: Das westafrikanische Land zählt zu den ärmsten der Welt. In Dori, einem Ort im Nordosten des Landes mit überwiegend muslimischer Bevölkerung, wurde vor mehr als 30 Jahren die UFC-Dori, Union Fraternelle des Croyants de Dori (Geschwisterliche Vereinigung der Gläubigen von Dori), gegründet. Ziel der Union, in der sich Christen und Muslime zusammenfanden und eng zusammenarbeiten, war zunächst der Bau von Brunnen.

Das katholische Hilfswerk MISEREOR tritt für die Entwicklungszusammenarbeit mit den Armen in den Ländern des Südens ein. Es strebt eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung in Nord und Süd an und vertraut dabei auf die Kraft der Menschen in den Entwicklungsländern, an der Lösung ihrer Probleme selbst mitzuarbeiten. Seit der Gründung 1958 wurden mehr als 85.000 Entwicklungsprojekte gefördert – dank Spenden und öffentlicher Mittel in Höhe von rund vier Milliarden €. Neben der Hilfe für die Armen in Afrika, Asien und Lateinamerika hat MISEREOR den Auftrag, durch entwicklungspolitische Informations-, Bildungs- und Lobbyarbeit in Deutschland das Bewußtsein für Not und Ungerechtigkeit in der Welt zu schärfen.

Inzwischen ist aus der Arbeit der Initiative, die von der KZE/MISEREOR seit Jahren gefördert wird, ein umfassendes ländliches Entwicklungsprogramm geworden. Erreicht wird eine Bevölkerung von mehr als 380.000 Menschen. Seit 1971 hat UFC-Dori 281 Brunnen gebaut; 28 Wasser-Rückhaltebecken kamen in den letzten zehn Jahren hinzu. Damit verbunden ist die Entwicklung der Dorfgemeinschaft, Landbauprogramme für eine standortgerechte Bewirtschaftung, Maßnahmen zur Lagerung und Vermarktung der gewonnenen landwirtschaftlichen Produkte, Kampf gegen Bodenerosion durch Aufforstungen sowie Aus- und Fortbildungsprogramme für Landwirte.

Seit 1977 hat UFC-Dori rund 2,3 Millionen € aus Mitteln des BMZ erhalten. Eine Prüfung ergab 1998 folgende Bilanz: „Zunehmende solidarische Organisierung von Gruppen und Dörfern, Abnahme der Abwanderung Jugendlicher, Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten und Einkommen...“

# Mitsprache und Beteiligung

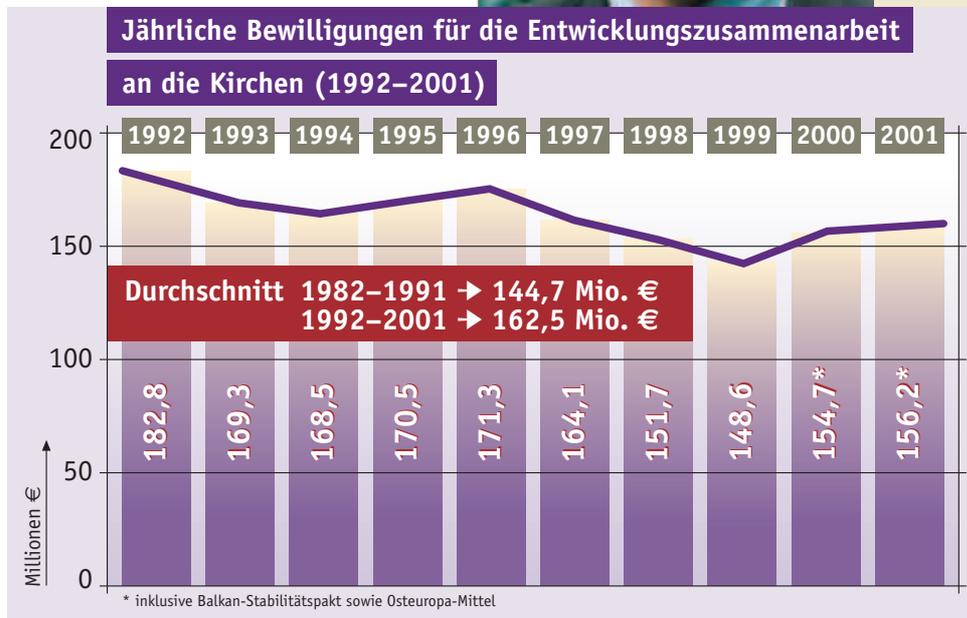
**D**ie „Philosophie“ von EZE wie KZE hat sich im Laufe der Jahre gewandelt: Deutlich ist ein Trend vom Projekt zum Programm. Die Zusammenarbeit wurde weiterentwickelt, die Eigenständigkeit und Verantwortung der Partner gestärkt, und den ausländischen Partnern mehr Mitsprache und Beteiligung bei der Formulierung der Ziele und der grundsätzlichen Ausrichtung der Förderprogramme eingeräumt. Es finden vielfältige Diskussions- und Abstimmungsprozesse über Förderkonzepte statt – zwischen den Zentralstellen, anderen kirchlichen Hilfswerken und Partnern. Dies findet seinen Niederschlag im Dialog mit dem BMZ beispielsweise in Programmbesprechungen und Ländergesprächen.

Dr. Martin Bröckelmann-Simon,  
Vorstand Projekte MISEREOR/KZE



Die Partnerorganisationen erwarten von den kirchlichen Hilfswerken nicht nur eine finanzielle Förderung; sie wünschen, dass ihre Anliegen in den Industrieländern offensiv vertreten werden. Daher findet ein intensiver politischer Meinungs-austausch zum Beispiel zu Rüstungsexporten, Patentrechtsfragen und internationalen Finanz- und Handelsmechanismen mit politischen Entscheidungsträgern und der Wirtschaft statt. So bringen die kirchlichen Hilfswerke die Erfahrungen und Anliegen zusammen mit den Partnern in die entwicklungspolitische Diskussion in Deutschland und Europa ein. Sie beteiligen sich an der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit der Kirchen und tragen dazu bei, Erscheinungsformen und Ursachen von Verarmung und Unterdrückung sowohl gegenüber dem Staat als auch in Kirche und Öffentlichkeit deutlich zu machen.

Mit den Partnern versuchen die kirchlichen Hilfswerke, gemeinsam mit anderen europäischen Nichtregierungsorganisationen (NRO), auf die Nord-Süd-Politik der Europäischen Union Einfluss zu nehmen und auf eine kohärente EU-Politik hinzuwirken. Darüber hinaus beteiligen sie sich im Rahmen von internationalen Netzwerken an der entwicklungspolitischen Diskussion mit Organisationen der Vereinten Nationen und mit multilateralen Organisationen wie der Weltbank. ←



Dr. Hartmut Bauer,  
Vorstand Finanzen/Zentrale Dienste des  
Evangelischen Entwicklungsdienstes

Fotos: EED (u.), Enp/MISEREOR (o.)



## Schuldenerlass: Die Bibel stand Pate

**D**urch die Beschlüsse des Kölner Weltwirtschaftsgipfels sowie des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank 1999 wurden Entschuldung und Armutsbekämpfung miteinander verknüpft. Im Rahmen der so genannten HIPC II-Initiative ist ein Schuldenerlass seitdem an Armutsbekämpfungsprogramme, Poverty Reduction Strategy Papers (PRSP) gebunden. Diese sollen unter Beteiligung der Zivilgesellschaft, das heißt, der Bevölkerung auf dem Land und in den Städten, die sich in Bewegungen, Gruppierungen oder Interessensverbänden organisiert haben, erarbeitet und umgesetzt werden. So wird die Mitsprache der Armen gestärkt. Die Länder, die einen Schuldenerlass erhalten, sollen die frei werdenden Mittel zur Verringerung der Armut einsetzen.

Zum Beispiel Bolivien: Bolivien hat 8 Millionen Einwohner und Einwohnerinnen. Mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 1.000 US \$ und einer Auslandsschuld von 4,4 Milliarden US \$ zählt es zu den ärmsten Ländern des südamerikanischen Kontinents. Noch vor den Beschlüssen des Kölner Gipfels und den

nachfolgenden Tagungen von IWF und Weltbank hatte die Bolivianische Bischofskonferenz einen radikalen Schuldenerlass gefordert. In Anlehnung an das biblische Vorbild – „alle Jubeljahre“ wurden die Schulden erlassen – wurde zum „Jubeljahr 2000“ eine Unterschriftensammlung gestartet. Die Initiative erreichte weite Kreise. Sie gab den Anstoß, auch Bolivien in die HIPC II-Initiative aufzunehmen: In den kommenden 15 Jahren werden dem Land Schulden in Höhe von 1,3 Milliarden US \$ erlassen. Die Regierung hat mittlerweile einen unter Beteiligung der Zivilgesellschaft erarbeiteten Armutsbekämpfungsplan vorgelegt.

Dass er zustande kam, ist nicht zuletzt ein Verdienst der Bolivianischen Bischofskonferenz und anderer Kirchen. CEPAS, die Sozialabteilung der Bischofskonferenz begleitet den Prozess; dabei wird sie vom katholischen Hilfswerk MISEREOR unterstützt. Über die KZE fördert das BMZ das Programm mit 500.000 € für Personal und Sachmittel. ←

# Zitat

*„Erklärt dieses fünfzigste Jahr für heilig, und ruft Freiheit für alle Bewohner des Landes aus! Es gelte euch als Jubeljahr.“*

3. Buch Mose 25,10

*„Aufbauend auf der biblischen Tradition der Jubeljahre, in denen man die Schulden erließ, initiierte die Bolivianische Bischofskonferenz zusammen mit den Partnerdiözesen Trier und Hildesheim und MISEREOR eine Kampagne, um einen radikalen Erlass der Schulden im Jahr 2000 zu erwirken. Auf dem G8-Gipfel in Köln Mitte 1999 konnte man zusammen mit Unterschriften aus anderen Ländern mehr als 400.000 aus Bolivien überreichen (das entspricht etwa fünf Prozent der Bevölkerung).*

*Dies war der erste Schritt einer massiven Teilnahme der Zivilbevölkerung im Entschuldungsprozess.“*

Erzbischof Edmundo Abastoflor, La Paz/ Bolivien



Fotos: KNA-Bild/MISEREOR (o. und u.), Kleine/MISEREOR (lt.)



## Hand in Hand erfolgreich für Entschuldung

**D**ie Beschlüsse des Kölner G8-Gipfels der sieben führenden Industrienationen und Russlands zur Schuldenerleichterung für die armen Länder, die von der Bundesregierung angestoßen wurden, sind ein beachtlicher Erfolg gezielter Einflussnahme auf internationale politische Entscheidungen und ein gutes Beispiel für globale Solidarität im Interesse der Armen.

Die Kirchen waren dabei wichtigste Pfeiler einer weltweiten Kampagne, in dem sie das Jahr 2000 zum „Erlassjahr“ erklärten. Weltweit wurden Millionen von Unterschriften für den Schuldenerlass gesammelt; die EZE/EED und die KZE/MISEREOR arbeiteten intensiv für die Kampagne.

Nach langjährigen Vorbereitungen gründeten 1997 in Münster Vertreter von 50 deutschen Nichtregierungsorganisationen, darunter die verschiedenen kirchlichen Hilfswerke, die Kampagne „Erlassjahr 2000 – Entwicklung braucht Entschuldung“. In mehr als 60 weiteren Ländern gab es vergleichbare Initiativen.

Die Evangelische Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz forderten in einem Gemeinsamen Wort die Entschuldung der ärmsten Entwicklungsländer. Der evangelische Kirchentag befasste sich ebenfalls mit dem Thema. In kirchlichen Akademien und Seminaren wurde es aufgegriffen und an der Basis durch vielfältige Aktionen in zahlreichen deutschen Kirchengemeinden ergänzt.



Für die Bundesregierung wurden die Mobilisierung und das weltweite Engagement nicht nur durch die „Kölner Kette“, bei der nach Schätzungen 40.000 Menschen einen Ring um den Tagungsort des G8-Gipfels bildeten, deutlich, sondern auch durch den Besuch einer von KZE/MISEREOR eingeladenen Delegation katholischer Bischöfe aus Industrie- und Entwicklungsländern bei Bundeskanzler Gerhard Schröder im Juni 1999. ←

**KÖLNER  
H E N S C H E N  
K E T T E**



Fotos: Stoll/MISEREOR

### → Stichwort ←

**Highly Indebted Poor Countries** 1996 beschloss die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF), eine Gruppe von hochverschuldeten armen Ländern (Highly Indebted Poor Countries – HIPC) von einem Teil ihrer Schulden zu entlasten. → Das HIPC-Aktionsprogramm hatte zum Ziel, die Verschuldung auf ein tragfähiges Niveau zu reduzieren. Der Schuldenerlass betraf die bilateralen Schulden der Staaten und die multilateralen Schulden gegenüber den Entwicklungsbanken. → Der Kölner G8-Gipfel der sieben führenden Industrienationen und Russlands beschloss im Juni 1999 eine Erweiterung der Schuldeninitiative, HIPC II, mit folgenden Verbesserungen: 1. an dem Programm werden mehr Länder beteiligt, 2. die Entlastung fällt höher aus, 3. die Umsetzung muss zügig erfolgen und mit Armutsbekämpfungsprogrammen unter Beteiligung der Zivilgesellschaft verknüpft werden, 4. wichtiges Kriterium für die Teilnahme am Entschuldungsprozess ist „gute Regierungsführung“.

## Albanischen Jugendlichen eine Perspektive geben



Fotos: KNA-Bild

**D**rückende Armut gibt es weltweit; auch in Europa – zum Beispiel in Albanien. Als nach Jahrzehnten politischer Isolation Anfang der 90er Jahre die Planwirtschaft zusammengebrochen ist, haben sich die Lebensbedingungen zunehmend verschlechtert.

Dazu beigetragen haben auch bürgerkriegsähnliche Unruhen und die Krise im benachbarten Kosovo, die viele Flüchtlinge nach Albanien führte. Ein Teil der unterhalb der Armutsgrenze lebenden Bevölkerung, die in den ländlichen Gebieten mehr als 30 Prozent ausmacht, erhält zum Lebensunterhalt einen minimalen staatlichen Zuschuss. Jugendliche unter 18 Jahren sind davon ausgeschlossen.



Da das staatliche Bildungssystem massive Defizite aufweist, verlassen viele ohne Abschluss vorzeitig die Schule. Das hat zu einer ständig wachsenden Zahl von Kindern und Jugendlichen geführt, die versuchen, durch Betteln oder den Verkauf von Zigaretten über die Runden zu kommen. Nicht wenige gerieten ins kriminelle Milieu: Es bildeten sich häufig von Erwachsenen kontrollierte Banden, die für Diebstahl, Prostitution und Drogenhandel verantwortlich sind.



Benachteiligten Jugendlichen bietet die Organisation „Useful to Albanian

Women“ (UAW) im Institut FERILASSES in der Hauptstadt Tirana seit Jahren eine Perspektive: Sie erhalten eine neunmonatige berufsbezogene Ausbildung. Partner ist die EZE/EED, die für das Programm beim BMZ 2001 einen Zuschuss in Höhe von 125.000 € erhalten hat.

Bis 2003 werden 360 Jugendliche in Elektrotechnik/Automechanik, Kosmetik/Haarschnitt oder Schneidern/Kochen geschult. Wer über Fertigkeiten in diesen Bereichen verfügt, hat gute Chancen, in Albanien Arbeit zu finden. ←



**Zitat**  
*„Es geht nicht nur darum die Wunden derer zu verbinden, die unter die Räuber gefallen sind, sondern auch darum, die Strukturen der Räuberei aufzubrechen und zu verändern“*

*Dr. Franz Kamphaus, Bischof von Limburg*

## Renovabis

Renovabis – die Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa ist ein wichtiger Partner der KZE. Seit der Gründung von Renovabis im Jahre 1993 wurden über die KZE Projekte im Volumen von über 10 Mio. € aus BMZ-Mitteln gefördert: Neuaufbau des Bildungswesens, Gesundheitseinrichtungen, soziale Dienste, Ausbildung von Fach- und Führungskräften sowie Medienprojekte. Grundlage der Zusammenarbeit ist ein Kooperationsvertrag mit der KZE. [www.renovabis.de](http://www.renovabis.de)

## Aktionsprogramm 2015: Armut halbieren

**A**uf dem Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen im September 2000 haben sich die Staats- und Regierungschefs dem Ziel verpflichtet, den Anteil der extrem Armen an der Weltbevölkerung bis 2015 zu halbieren. Mit der Verabschiedung des „Aktionsprogramms 2015“ durch die Bundesregierung hat Deutschland als eines der ersten Industrieländer ein Programm vorgelegt, um dieses Ziel zu erreichen. Darin wird Armutsbekämpfung erstmals als ein übergreifendes Ziel der gesamten deutschen Politik dargestellt.

EZE/EED und KZE/MISEREOR haben das Programm ausdrücklich begrüßt. In einem Papier der EZE/EED heißt es dazu: „Mit dem Aktionsprogramm hat die Bundesregierung ausdrücklich eine globale Strategie der Armutsbekämpfung akzeptiert, an der sie auch international gemessen werden wird, etwa bei der Nachfolgekonferenz des Erdgipfels von Rio im südafrikanischen Johannesburg im September 2002.“

Die kirchlichen Hilfswerke zeigten sich darüber erfreut, dass viele ihrer Anliegen, die sie im Dialog mit dem BMZ immer wieder vorgebracht haben, Eingang in eine Strategie der Armutsbekämpfung gefunden haben. So misst das Aktionsprogramm der entwicklungspolitischen Kohärenz einen hohen Stellenwert bei. Weiter führt es aus, dass die Länder des Nordens für die Armut im Süden Mitverantwortung tragen und hebt die Verantwortung der Industrieländer für die weltweite Übernutzung natürlicher Ressourcen und Belastungen der Umwelt hervor.

Darüber hinaus betonten die kirchlichen Hilfswerke, dass den Worten auch Taten folgen müssten. Sie forderten eine zügige Umsetzung des Programms an, so beim Abbau von Agrarexport-Subventionen der Europäischen Union, um negative Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit in den Ländern des Südens zu vermeiden und boten der Bundesregierung ihre Unterstützung an, etwa in der Bekämpfung von AIDS. ←



Foto: KNA-Bild (u.), MISEREOR-Archiv (li.)



Die Bundesregierung würdigt die umfangreichen Eigenvorhaben von deutschen Nichtregierungsorganisationen, die diese aus Spendenmitteln finanzieren, ihre Bildungsarbeit und ihre Rolle für die politische Willensbildung in Deutschland. Sie führt die bewährten, auf Armutsminderung orientierten Programme der Zusammenarbeit mit Kirchen, politischen Stiftungen und privaten Trägern fort, durch die Partnerprojekte dieser Organisationen in den Entwicklungsländern unterstützt werden, und fördert ihre Bildungsarbeit. Sie wird sich weiterhin sowohl in konzeptionellen Fragen der Armutsbekämpfung als auch in der praktischen Zusammenarbeit eng mit Nichtregierungsorganisationen abstimmen.

aus „Armutsbekämpfung – eine globale Aufgabe“,  
Aktionsprogramm 2015 der Bundesregierung



Foto: KNA-Bild

## Hilfe für 60.000: Im Heiligen Tal der Inkas

**W**er eine nachhaltige Entwicklung wünscht, muss die Benachteiligten durch Qualifizierung, Rechtsberatung und den Aufbau demokratischer Strukturen in die Lage versetzen, die politischen Prozesse in ihren Heimatländern zu beeinflussen.

Ein Beispiel aus Südamerika: Seit Beginn der 90er Jahre unterstützen die EZE/EED wie die KZE/MISEREOR in Peru die Arbeit von ARARIWA, einer Vereinigung zur technischen und kulturellen Förderung in den Anden. Das BMZ beteiligte sich an den Kosten verschiedener Vorhaben bisher mit einem Zuschuss in Höhe von 873.000 €.

Zu den Aufgaben von ARARIWA gehört der Aufbau demokratischer Trägerinstitutionen für den Entwicklungsprozess ländlicher Gemeinwesen, die land- und viehwirtschaftliche Entwicklung, die berufliche Ausbildung sowie Erwachsenenbildung, die Förderung von Initiativen für eine bessere gesundheitliche Versorgung und die Verbesserung der Situation der Frau.

In neun Distrikten im „Heiligen Tal der Inkas“, in denen fast 60.000 Menschen leben, wurden Planungsinstanzen aufgebaut, die eine Beteiligung der Bevölkerung sichern. So genannte Kreis-Entwicklungs Komitees, in denen neben den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern auch Repräsentanten der lokalen, für die Entwicklungsbemühungen relevanten Gruppen zusammenarbeiten, konzipieren einzelne Projekte und kümmern sich um deren Finanzierung wie Umsetzung.

Weitere Aktivitäten sind die Entwicklung eines Finanzsystems und die Gründung von Unternehmen. Dörfliche Spar- und Darlehenskassen werden für Kredite an Solidargruppen und Einzelpersonen ausgestattet. Ein mit ARARIWA verbundenes, administrativ und finanziell unabhängiges Kreditinstitut verfügt derzeit über ein Kreditportefeuille von rund 800.000 US-\$. Gefördert werden wirtschaftlich rentable Unternehmungen in Produktion und Vermarktung, zum Beispiel bei der Verarbeitung von Kartoffelsaatgut und Honig, bei Schweinemast und Fischzucht. ←



# Zitat

*„Noch nie hat es eine extreme Hungersnot in einem demokratischen Land gegeben – egal wie arm es auch war. Der Grund ist, dass Hungersnöte sehr leicht verhindert werden können, wenn die Regierung versucht, sie zu verhindern. Und eine Regierung in einer Mehrparteien-Demokratie mit Wahlen und freien Medien hat starke politische Anreize, Vorsorge zu treffen.“*

*Amartya Sen, indischer Ökonom, erhielt 1998 den Nobelpreis für Wirtschaft*



# Kirche für Menschenrechte und Demokratie

**I**n vielen Entwicklungsländern ist in den vergangenen Jahren eine neue politische Realität entstanden: In mehreren Ländern Afrikas haben Mehrparteiensystemen Diktaturen abgelöst; in Lateinamerika und Asien sind die Bedingungen für demokratische Verhältnisse besser geworden – Veränderungen, die es aber längst nicht in allen Ländern gibt. Doch fast überall versuchen gesellschaftliche Gruppen mit den alten Systemen zu brechen und setzen ihre Hoffnung auf eine demokratische Ordnung.

Die Arbeit kirchlicher Hilfswerke ist eng mit der Durchsetzung und Wahrung der Menschenrechte verbunden. Auf allen Kontinenten sind Kirchen Teil der Bewegung für Demokratie und nicht selten spielen sie eine herausragende Rolle. Beispiele aus Afrika zeigen dies: In Namibia haben sie zur Abhaltung freier Wahlen beigetragen, in Mosambik zwischen Bürgerkriegsparteien vermittelt, in Benin bei der Ablösung der Diktatur mitgewirkt, in Ghana und Kenia zur Demokratieförderung beigetragen.

Die Partnerorganisationen der kirchlichen Hilfswerke konzentrieren sich bei der Förderung von Demokratie und Menschenrechten auf folgende Aufgaben:

- Lobbyarbeit, etwa zur Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen, zur Einflussnahme auf politische Planungen und zur Entwicklung von politischen Alternativen
  - Wächterfunktion gegenüber dem Staat, z.B. durch Wahlbeobachtung, Schutz vor staatlicher Willkür und vor Machtmissbrauch einzelner Entscheidungsträger
  - Stärkung gesellschaftlicher Kräfte, durch politische Bildung, Rechtsberatung, Aufbau von demokratischen Strukturen, Qualifizierung von Führungskräften
  - Vermittlung zwischen Staaten und gesellschaftlichen Gruppen, etwa bei Friedensgesprächen.
- Einflussnahme auf staatliche Sozialpolitik in Bereichen wie Grundbildung, Gesundheitsversorgung, Stadtentwicklung
  - Einsatz für strukturelle Veränderungen, zum Beispiel Agrarreformen ←



Foto: Knapp / MISEREOR



Foto: MISEREOR-Archiv

## ➔ Stichwort ➔

**Menschenrechtsarbeit** ➔ Die Förderung der Menschenrechte wird von MISEREOR seit Anfang der neunziger Jahre verstärkt in einem engen Zusammenhang mit der Förderung von demokratischen Strukturen und Verhaltensweisen gesehen. Die Förderung von Entwicklungsansätzen gewinnt an Gewicht, die explizit und reflektiert die Durchsetzung grundlegender wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte zum Ziel haben – zum Beispiel das Recht auf Nahrung, Wohnung, Bildung, Gesundheit.

*aus einer Kurzdarstellung der Menschenrechtsarbeit von MISEREOR (2001)*



Fotos: Larscheid / MISEREOR (l.), Herb / MISEREOR (r.)





Foto: MISEREOR-Archiv

## Lihok Pilipina Foundation: Von Frauen für Frauen

**1** 985 gründeten Frauen in Cebu City auf den Philippinen die Lihok Pilipina Foundation. Zunächst bot die Stiftung Frauen die Möglichkeit, sich etwa in Koch-, Kosmetik und Schneider-Kursen zu qualifizieren, um so die Einkommenssituation der Familien zu verbessern. Später entstand das Konzept der „Family Watch Groups“, auch Bantay Banay-Gruppen genannt. Teilnehmerinnen der Qualifizierungskurse hatten von Fällen häuslicher Gewalt berichtet. Daraufhin führte die Lihok Pilipina Foundation im Großraum Cebu eine Erhebung durch. Das Ergebnis: 6 von 10 Frauen wurden von ihren Partnern geschlagen; 60 Prozent der Fälle von sexuellem Missbrauch betrafen Kinder; mehr als die Hälfte der Schuldigen waren Familienangehörige.



Fotos: Stahl/MISEREOR

Nur wenige Frauen wagten jedoch, das Thema öffentlich anzusprechen: aufgrund der häufig schwierigen Beweislage; aus Angst vor Repressalien; aus Scheu, ihren Fall vor Richter oder Polizisten bringen zu müssen, die in der Regel Männer sind; wegen fehlender Rechtshilfe oder fehlender finanzieller Mittel.

Hier setzt das Konzept der Lihok Pilipina Foundation an: Die Bantay Banay-Gruppen bringen das Thema häusliche Gewalt in die Öffentlichkeit. Dadurch verliert es den privaten Charakter, der eine Strafverfolgung der Täter in der Vergangenheit meist verhindert hat. Die Gruppen setzen sich aus benachbarten Familien zusammen, die bei Fällen häuslicher Gewalt unmittelbar eingreifen können. Auf kommunaler Ebene kooperieren die Bantay Banay mit Gruppen anderer Nichtregierungsorganisationen, Gemeindeführern, Polizeistationen, Krankenhäusern und lokalen Regierungseinheiten.

Die Lihok Pilipina Foundation bietet zudem so genannte Gender-Sensibilisierungsseminare für Ehepaare sowie Gender-Trainings für Polizisten und Krankenhauspersonal an. Zahlreiche Hospitäler gewähren hilfesuchenden Frauen inzwischen kostenlos ärztliche Hilfe.



Die KZE/MISEREOR unterstützt die Arbeit der Stiftung seit Jahren in mehreren Städten. Dafür wurden bisher rund 400.000 € aufgebracht; das BMZ gewährte einen Zuschuss von 120.000 €. ←

# Zitat

*„Armutsbekämpfung heißt: Strukturen verändern, damit arme Menschen die Chance für ein menschenwürdiges Leben erhalten. Armutsbekämpfung will sie befähigen, ihre politischen und gesellschaftlichen Rechte zu nutzen, sie will ihnen wirtschaftliche Möglichkeiten eröffnen und zu sozialer Sicherheit verhelfen. Dies gilt insbesondere auch für Frauen: Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist ein Schlüsselfaktor zur Verringerung der weltweiten Armut.“*

*Heidemarie Wiczorek-Zeul, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*

# Mehr Gerechtigkeit zwischen Frauen und Männern

**I**n allen Gesellschaften tragen Frauen die Hauptverantwortung für das familiäre und soziale Leben. Sie sichern, selbst unter schwierigsten Bedingungen, das Überleben ihrer Familien, erwirtschaften Einkommen und sorgen für den Zusammenhalt der Gemeinschaft. Ungeachtet dieser Schlüsselrolle für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung einer Gesellschaft haben sie de facto oft wenig oder gar keinen Einfluß auf die Gestaltung ihrer Lebensbedingungen.

In der kirchlichen und staatlichen Entwicklungszusammenarbeit findet ein Umdenkprozess statt: Von der Frauenförderung hin zur Geschlechtergerechtigkeit – einer Perspektive, in der die Mitverantwortung von Männern für Gleichberechtigung und Abbau von Diskriminierung eingefordert wird. Nicht einseitig auf Frauen gerichtete Maßnahmen stehen dabei im Vordergrund, sondern die Veränderung der Macht- und Unterordnungsverhältnisse zwischen den Geschlechtern. Dieser Ansatz geht davon aus, dass sich Lebensperspektiven von Frauen erst dann nachhaltig verbessern, wenn neben der klassischen Frauenförderung ein verändertes Verhältnis der Geschlechter ins Zentrum der Bemühungen gestellt wird.

Um dem zu begegnen, setzen die EZE/EED und die KZE/MISEREOR heute auf die „Genderorientierung“: In der Praxis heißt das, alle Vorhaben werden daraufhin geprüft, inwiefern Frauen und Männer an Entscheidungen beteiligt sind, welche Auswirkungen das Programm auf ihre Lebenssituation hat und welchen Nutzen sie jeweils von den Maßnahmen haben. Dabei geht es nicht nur um die Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen, sondern ganz entscheidend darum, welches Potential einem Projekt oder Programm innewohnt, um mittel- und langfristigen Status von Mädchen und Frauen zu verbessern.

Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern überwinden, erfordert eine radikale Umgestaltung der politischen, wirtschaftlichen und soziokulturellen Rahmenbedingungen. ←

Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern überwinden, erfordert eine radikale Umgestaltung der politischen, wirtschaftlichen und soziokulturellen Rahmenbedingungen. ←



Fotos: Larscheitl/MISEREOR (li. und u.)

## → Stichwort ←

**Genderorientierung** Kern dieser Neuorientierung ist die veränderte Wahrnehmung der Kategorie Geschlecht, die im englischen Sprachgebrauch durch die Unterscheidung zwischen *sex* und *gender* sichtbar wird. Der Gender-Begriff verweist darauf, dass unterschiedliche gesellschaftliche Rollen von Männern und Frauen nicht biologisch festgelegt, sondern sozial konstruiert und damit veränderbar sind. Gender bezeichnet demnach die Geschlechterrollen, welche die sozialen Beziehungen und die Handlungsspielräume von Individuen bestimmen. Mit dem Gender-Ansatz sollen die unterschiedlichen Rollen von Männern und Frauen und die Beziehungen zwischen den Geschlechtern als soziale Einflussfaktoren auf alle Lebensbereiche und auf die Projektarbeit wahrgenommen werden.

Arbeitsgemeinschaft kirchlicher  
Entwicklungsdienst  
(AG KED), 1998

[www.zentralstellen-ez.de/beteiligung](http://www.zentralstellen-ez.de/beteiligung)



Foto: KNA-Bild



## Kirchen und Staat – Entwicklungszusammen- arbeit im Gespräch

### → Wie bewerten Sie die Entwicklungszusammenarbeit von Staat und Kirchen in der Bundesrepublik?

■ **Heidmarie Wieczorek-Zeul:** „Für die Zeit, die ich bisher selbst mitgestaltet habe, kann ich sagen, dass es eine gute, oft arbeitsteilige Kooperation gewesen ist. In vielen Bereichen hat der Staat überhaupt keine Möglichkeit selber tätig zu werden. Hier sind wir froh, auf die Kontakte der Kirchen zurückgreifen zu können. Die kirchlichen Entwicklungsdienste haben sich schon immer weltweit engagiert, eng verbunden mit den globalen Strukturen der Kirchen. Sie sind damit hochmodern; übrigens bei der Bekämpfung von Armut auch in ihrem Ansatz, den Ärmsten ihre Stimmen zurückzugeben. Deshalb habe ich die Arbeit, die von den Kirchen und ihren Entwicklungswerken geleistet wird, immer gerne unterstützt. Diese Kooperation hat Zukunft.“



Heidmarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

### → Wo gibt es Gemeinsamkeiten, wo Unterschiede?

■ **Stephan Reimers:** „Auch wir möchten die Zusammenarbeit stärken. Die Kirchen wie der Staat bekämpfen die Ursachen von Armut, die Ursachen von Ungerechtigkeiten und Konflikten. Wir kämpfen gemeinsam gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, mit unterschiedlichen, aber sich ergänzenden Mitteln. Die Möglichkeiten der Kirchen reichen manchmal weiter als die staatlicher Organisationen; etwa um in Dorfgemeinschaften hineinzukommen, aber auch im Inland selbst. Durch eine ausgeprägte Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit in Deutschland versuchen wir, Bewusstsein zu verändern. Staat und Kirchen ergänzen sich in ihrem Engagement.“

### → Welchen Grundsätzen folgt die Entwicklungszusammenarbeit?

■ **Karl Jüsten:** „1962 wurde mit der damaligen Bundesregierung eine Absprache über die Förderung kirchlicher Entwicklungshilfe getroffen, die den Charakter einer Vereinbarung hat und wiederholt bestätigt wurde. Sie basiert auf der Vorstellung, dass der Staat mit seinen Mitteln die kirchliche Entwicklungszusammenarbeit ergänzt; die Kirchen diese mit der eigenen Infrastruktur und in eigener Verantwortung umsetzen. Die kirchlichen Zentralstellen, EZE und KZE, treffen die Auswahl der Projekte. Auf der Grundlage



Prälat Dr. Karl Jüsten, Leiter des Katholischen Büros, der Vertretung der Deutschen Bischofskonferenz bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und Vorsitzender der Katholischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe

vereinbarer Grundsätze bestimmen die Zentralstellen ihre Programm selbst. Diese Grundsätze werden immer wieder neu diskutiert.“

■ **Stephan Reimers:** „Ich will das noch ergänzen: Mit der Vergabe der Mittel sind ja keine politischen Auflagen verbunden. Folgerichtig werden auch keine Projekte mit missionarischem Charakter



Foto: KNA-Bild

Prälat Dr. Stephan Reimers, Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union und Vorstandsvorsitzender der Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe

gefördert. Diese Zusammenarbeit ist in der Bundesrepublik einzigartig. Den Zentralstellen wurde eine Eigenständigkeit mit einem hohen Gestaltungsraum zuerkannt. Für das BMZ sind sie zu wichtigen Partnern geworden. Zum Beispiel in Ländern, in denen Regierungen nicht entwicklungsorientiert sind und staatliche Entwicklungszusammenarbeit deshalb wenig auszurichten vermag.

→ **Die Kirchen kooperieren auch untereinander?**

■ **Karl Jüsten:** „Ja, zunächst einmal gibt es enge Absprachen zwischen der Evangelischen und der Katholischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe. Es geht dabei um eine gemeinsame programmatische, aber absolut offene Ausrichtung gegenüber dem BMZ. Es gibt eine sehr intensive ökumenische Zusammenarbeit auf allen Ebenen. In Ländern, wo wir uns als Kirchen gemeinsam engagieren, aber auch dort, wo es keine starken kirchlichen Strukturen gibt.



Dort helfen uns oftmals Nichtregierungsorganisationen, die aber ganz oft auch indirekt einen kirchlichen Bezug haben – von Wasserbau über Menschenrechtsfragen bis hin zu Bildungsprojekten. Wir treten da nicht als diejenigen auf, die wissen, was zu machen ist, sondern wir hören, was unsere Partner brauchen und sehen dann, ob das mit den Kriterien der Entwicklungszusammenarbeit zusammenpasst.“

→ **Gibt es Unterschiede zwischen Nichtregierungsorganisationen mit und ohne kirchlichen Bezug?**

■ **Heidmarie Wieczorek-Zeul:** „Es gibt Situationen, da sind Nichtregierungsorganisationen, die an einem bestimmten Thema arbeiten, besser geeignet. Es kann aber



Fotos: Lippoth / MISEREOR (o.), Laischeid / MISEREOR (re.)



Foto: Sawyer / MISEREOR



Fotos: KNA-Bild

auch sehr gut sein, dass es gerade aufgrund der weltweiten Verbindungen sinnvoll ist, die Entwicklungszusammenarbeit mit den Kirchen zu fördern. Ziel muss immer sein, die Arbeit in dem jeweiligen Land angemessen zu gestalten. Sie muss immer dazu beitragen, dass Menschen stark werden und eine Stimme haben. Das ist für mich das Kriterium. Und insgesamt gilt ja für Entwicklungszusammenarbeit ohnehin, dass wir sehr viel mehr Akteure brauchen. Früher war die Vorstellung vorherrschend, die staatliche Entwicklungszusammenarbeit allein regelt alles irgendwie. Heute sind wir da weiter: Wir brauchen das große entwicklungspolitische Bündnis von Staat, Zivilgesellschaft, Kirchen und auch der privaten Wirtschaft.“

■ **Karl Jüsten:** „Wir spüren ja, dass der Staat unsere Arbeit schätzt, auch da, wo er nicht ein KZE- oder EZE-Projekt fördert. Nehmen wir das Aktionsprogramm 2015 zur weltweiten Halbierung extremer Armut bis 2015. Von Regierungsseite wird anerkannt, was wir in diesem Bereich leisten können. Die Kirchen haben Strukturen vor Ort, was die Arbeit erleichtert. Sie sind nah an der Lebenswelt der Armen und setzen sich für sie ein.“

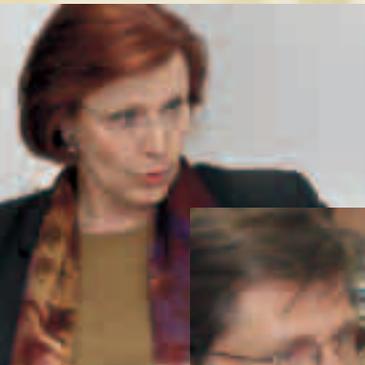
### → Stichwort 2015 – Was können die Kirchen einbringen?

■ **Heidemarie Wieczorek-Zeul:** „Bis 2015 soll extreme Armut halbiert, Kindern bis zum 14. Lebensjahr soll die Chance gegeben werden, eine Schule zu besuchen, die Säuglings- und Müttersterblichkeit soll zurückgedrängt werden – das sind ehrgeizige Ziele, die einer breiten Beteiligung, sowohl der Kirchen wie der Nichtregierungsorganisationen bedürfen. Wir werden das, was wir uns da vorgenommen haben, nur schaffen, wenn sich alle beteiligen, und wenn in der Bundesrepublik daraus ein zentrales Thema wird. Denn internationale Verantwortung heißt, dazu beizutragen, dass Armut bekämpft wird. Das wird leider immer ganz schnell vergessen. Denken wir nur an die Terroranschläge vom 11. September 2001. In der öffentlichen Wahrnehmung ist der Terrorismus schon entscheidend besiegt. Dauerhaft kann ihm aber der Nährboden nur entzogen werden, wenn wir weltweit Armut beseitigen.“

■ **Stephan Reimers:** „Armutshalbierung ist ein sehr ehrgeiziges Ziel. Dazu müssen wir aus der Engführung des Haushaltes herauskommen. Dass Sie das international vereinbarte Ziel, 0,7 Prozent\* des Bruttosozialprodukts für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden, immer wieder zur Sprache gebracht haben, begrüßen wir deshalb.“

■ **Heidemarie Wieczorek-Zeul:** „Ich habe gesagt, wenn wir dieses Ziel anvisieren, bedeutet das, dass wir jährlich steigende Finanzmittel brauchen. Und ich glaube, daran kommt eigentlich auch niemand vorbei. In dieser Frage haben wir nach dem 11. September öffentlich sehr viel Resonanz gehabt. Wir müssen jetzt aufpassen, dass das nicht vergessen wird, sondern langfristig trägt.“

■ **Stephan Reimers:** „Die 0,7 Prozent\* hat Bundespräsident Rau auf seiner jüngsten Afrikareise an verschiedenen Stellen immer wieder gefordert.“



\*Auf dem Europäischen Regierungsgipfel in Barcelona haben sich die Regierungschefs im März 2002 darauf verständigt, im Sinne einer schrittweisen Steigerung zunächst bis 2006 europaweit 0,39 Prozent des Bruttosozialprodukts für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden. Gegenwärtig stellen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union durchschnittlich 0,33 Prozent für Entwicklungshilfe zur Verfügung.

■ **Heidmarie Wieczorek-Zeul:** „Johannes Rau ist in diesen Fragen genauso engagiert. Bei der notwendigen Diskussion um das 0,7 Prozent-Ziel sollten wir aber auch auf die entwicklungs-politischen Fortschritte verweisen, die es schon gibt. So ist die Entschuldungsinitiative doch beispielhaft. Wir sollten gemeinsam deutlich machen, dass sie trotz aller Probleme erfolgreich war. Es



Foto: KNA-Bild



Fotos: Stoll/MISEREOR

wurde ein Schuldenerlass von zirka 70 Milliarden US-Dollar erreicht. Das heißt zum Beispiel für Bolivien, jährlich 90 Millionen US-Dollar mehr für Bildung und Gesundheit zu haben. Ich erinnere nur an den Kölner Entschuldungsgipfel. Hier wurden wichtige Entscheidungen gefällt. Beide Kirchen haben im Vorfeld in der Öffentlichkeit engagiert für die Anliegen der Ärmsten gekämpft. Zudem haben wir die Programme des IWF entscheidend verändern können. Früher sind mit Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit Strukturanpassungsprogramme finanziert worden. Mittel, die eigentlich helfen sollten, haben die Leute nur noch ärmer gemacht. Das ist beendet. Jetzt entscheiden die Menschen in den Partnerländern wirklich selbst. Hier haben wir den Partizipationsansatz voran gebracht.“

■ **Karl Jüsten:** „Das finden wir in der Projektwirklichkeit bestätigt. Beteiligung, Aufbau von Zivilgesellschaft lässt sich ja nicht von oben herab organisieren, sondern muss von unten langsam wachsen. Bolivien ist ein Beispiel, es gibt andere: Peru, Sambia, Tansania. Länder, die zeigen, dass die Kirchen beim Aufbau von zivilgesellschaftlichen Strukturen, beim Zustandekommen von runden Tischen, eine ganz wichtige Rolle spielen.“



Fotos: MISEREOR-Archiv (re.), KNA-Bild (o.)



→ **In der Entwicklungszusammenarbeit ist Partizipation ein wichtiger Ansatz. Waren die Kirchen hier Vorreiter?**

■ **Heidmarie Wieczorek-Zeul:** „Ich muss offen sagen, manche Ideen und Konzepte, die viele Köpfe und Herzen bewegen, kann ich gar nicht zuordnen. Kommt das jetzt aus der offiziellen staatlichen oder aus der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit? Was aber ganz offensichtlich ist: Kirchliche Entwicklungszusammenarbeit hat immer betont: die Armen müssen Stimme haben, sich nachhaltig hörbar machen. In der internationalen Zusammenarbeit wurde betont, dass wir das unterstützen müssen, was die Menschen in einem Land selbst sich vornehmen. Beides ergänzt sich gut.“ ←

## Konflikte friedlich lösen: Ein Beispiel aus Guatemala



**D**em Bürgerkrieg im zentralamerikanischen Guatemala fielen nach Schätzungen in 35 Jahren mehr als 100.000 Menschen zum Opfer. Betroffen war vor allem die indianische Bevölkerung im westlichen Hochland.

Auch nach dem Friedensschluss von 1996 ist Rechtsstaatlichkeit in Guatemala wenig ausgeprägt. Das Misstrauen gegenüber dem Staat ist groß. Die staatlichen Institutionen sind schwach und meist nicht in der Lage Interessenskonflikte auszugleichen. Selbst eklatante Menschenrechtsverletzungen werden nur in Ausnahmefällen verfolgt. Die Gerichte sind oft nicht unabhängig. Wirtschaftlich mächtige oder politisch einflussreiche Personen haben das Recht schnell auf ihrer Seite.



Fotos: KNA-Bild / MISEREOR (o. und li.), Breiwe / MISEREOR (li.)

Die KZE / MISEREOR unterstützt Projekte des Menschenrechtsbüros der

Erzdiözese Guatemala: Oficina de Derechos Humanos del Arzobispo de Guatemala (ODHAG). Ziel eines Projektes zur Konfliktbearbeitung ist die Festigung von Gemeinwesen auf kommunaler Ebene in verschiedenen Regionen des Landes. Soziale Konflikte sollen gewaltfrei gelöst werden. Dazu wurden unter anderem Netzwerke geschaffen, um bei drohender Gewalt vermitteln zu können.

ODHAG wählt und bildet Führungskräfte aus. Jugendgruppen werden betreut. Jugendliche lernen, Konflikte nicht mit Gewalt zu lösen. Sie erfahren, das sie für andere Verantwortung tragen müssen. In fünf Kommunen wurden alternative Formen, Interessenkonflikte friedlich zu lösen, erarbeitet. Soll gesellschaftlicher Konsens geschaffen werden, ist der Aufbau und die Stärkung kommunaler Strukturen unerlässlich.

ODHAG hat gegenwärtig 63 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die KZE / MISEREOR hat die Arbeit des Menschenrechtsbüros bisher mit rund 500.000 € unterstützt; das BMZ gewährte einen Zuschuss von 400.000 €. Von den Geldern wurden Personal- und Sachkosten bestritten. ◀



*„Eine Welt, in der den meisten Menschen vorenthalten wird, was ein menschenwürdiges Leben ausmacht, ist nicht zukunftsfähig. Sie steckt auch dann voller Gewalt, wenn es keinen Krieg gibt. Verhältnisse fortdauernder schwerer Ungerechtigkeit sind in sich gewaltgeladen und gewaltträchtig.“*

aus: Gerechter Friede – Die deutschen Bischöfe Nr. 66 (2000), einer Publikation der Deutschen Bischofskonferenz

*„Frieden ist überhaupt nicht als politischer Zustand zu begreifen, sondern viel eher als ein Prozess schrittweiser Verbreiterung jener sozialen Bedingungen, die die Qualität des Friedens ausmachen: Verzicht auf gewaltsame Lösung zwischenstaatlicher Konflikte, Beseitigung von Not und Elend, Gewährleistung von Freiheit und Selbstbestimmung für alle Völker, Aufhebung rassistischer oder sozialer Unterdrückung und Diskriminierung, Gewährleistung der Menschenrechte, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in der Umwelt.“*

aus: Frieden wahren, fördern und erneuern. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (1981)

## „Öl im Sudan“ – eine Lobby für den Frieden

**U**rsachen für Gewalt und Not in den Ländern des Südens finden sich auch in den Industrieländern. Deshalb engagieren sich kirchliche Gruppen in Deutschland für die Anliegen ihrer Partner. Ein Beispiel: Seit Jahren herrscht im Süd-Sudan Bürgerkrieg – ein vergessener Krieg. Und: Europäische Unternehmen waren an der Erschließung der Ölfelder des Landes beteiligt. Ein Geschäft, das dem Sudan zwar hohe Einnahmen gebracht, aber weder dem Aufbau des Landes, noch dem Frieden gedient hat.

Um den Zusammenhang zwischen Öl und Bürgerkrieg im Sudan einer möglichst breiten Öffentlichkeit zu vermitteln, trafen sich kirchliche Gruppen, Umwelt- und Menschenrechtsinitiativen 2001 in Berlin. Beteiligt waren die KZE/MISEREOR, Brot für die Welt, die EZE/EED, das Bonn International Center for Conversion (BICC) und Amnesty International.

Zur Sprache kamen die Beteiligungen europäischer Unternehmen an der Ölförderung sowie Möglichkeiten, auf Verantwortliche in Wirtschaft und Politik einzuwirken. Ziel müsse sein, die verheerenden Auswirkungen der Ölförderung auf den Krieg deutlich zu machen.

Beschlossen wurde, die Europäische Union aufzufordern, bei Gesprächen mit der sudanesischen Regierung die Menschenrechte auf die Tagesordnung zu setzen, und den Mitgliedstaaten konkrete Empfehlungen für Unternehmen zu geben, die am Ölgeschäft im Sudan beteiligt sind. Die Geldgeber – Aktionäre wie Banken – sollen mit den Verhältnissen im Sudan konfrontiert und aufgefordert werden, beteiligte Unternehmen nur unter Auflagen weiter zu finanzieren.

Um das Eintreten für die Menschenrechte in die Öffentlichkeit zu tragen, wurde die gemeinsame Kampagne „Europäisches Bündnis – Öl im Sudan“ beschlossen. ←



Foto: Linscheid/MISEREOR



Fotos: KNA-Bild (li.-untdr.)

**„Der Bürgerkrieg im Sudan hat seit 1983 mindestens zwei Millionen Tote und vier Millionen Vertriebene mit sich gebracht. Zwar sind alle Konfliktparteien verantwortlich für Vertreibungen, aber die seit kurzem begonnene Ausbeutung der Ölreserven gibt dem Krieg eine ganz neue Dimension. ■ Das Öl könnte dem Land die einmalige Chance auf Frieden und Entwicklung bringen. Der Sudan ist hoch verschuldet und die Bevölkerung braucht dringend medizinische Versorgung, Bildung und Nahrungsmittelsicherheit. Vor allem aber brauchen die Menschen endlich Frieden, um voran zu kommen, und die Öleinnahmen könnten dabei eine wichtige Rolle spielen. ■ Stattdessen aber heizt das Öl den Krieg weiter an. Nach Angaben des sudanesischen Militärsprechers General Mohamed Osman Yasin wird der Sudan dank der Öleinnahmen in absehbarer Zeit in der Lage sein, sich mit leichten, mittelschweren und schweren Waffen selbst zu versorgen. Schon jetzt stellt er Munition, Mörser, Panzer und gepanzerte Mannschaftswagen her. Außerdem verursacht das Öl verheerende ökologische Schäden, unter anderem verursacht durch Angriffe auf die Pipelines.“**

aus einem Aufruf des Europäischen Bündnis „Öl im Sudan“



## Mittler zwischen Ethnien, Kulturen, Religionen

**S**üdostasien ist mit einer Vielzahl verschiedener Ethnien, Sprachen und Kulturen eine extrem heterogene Region. Fast alle Staaten sind ehemalige Kolonien; ihre Unabhängigkeit setzten sie gewaltsam durch. Das Militär hat in vielen Ländern bis heute eine besondere Machtstellung, obwohl in den 90er Jahren zahlreiche Militärdiktatoren abtraten. Lokale Konflikte, mangelnde soziale Sicherheit, Korruption und Vetternwirtschaft lähmen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. In Teilen Südasiens hat die Zivilgesellschaft dennoch an Boden gewonnen.

In Indonesien treten die gesellschaftliche Umwälzungen besonders deutlich zutage. Hier setzt die Arbeit des AFSC (American Friends Service Committee) an, einer Partnerorganisation der EZE/EED. AFSC ist eine Hilfsorganisation der amerikanischen Quäker, die sich als Anwalt unterdrückter Minderheiten versteht.

Die EZE/EED unterstützt die Arbeit von AFSC mit rund 870.000 €. Für Indonesien wurde das SEAQIAR-Programm entwickelt (South East Asia Quaker International Affairs Representatives). Es dient dem Abbau von Rassismus und der

Stärkung ethnischer und religiöser Toleranz. Ein Schwerpunkt ist dabei der Dialog mit dem Islam, der in Indonesien extrem uneinheitlich, aber sehr dynamisch auftritt. Das Programm will helfen, die Kontakte zu innerislamischen Reformkräften zu intensivieren.

Aufgrund eines staatlichen Verbotes, religiöse oder ethnische Fragen öffentlich zu erörtern, werden in Indonesien Informationen über die Inhalte von Religionen kaum vermittelt. Über eine Reihe von Runden Tischen wird das Verständnis für die verschiedenen Glaubensrichtungen gefördert; die Beteiligten sollen die Möglichkeiten der Religionen für Frieden und Gerechtigkeit entdecken und nutzen. ◀

*„Die Kirchen sind auf der Basis ihres Glaubens in allen politischen Kontexten den Grundwerten der Solidarität verpflichtet, ebenso einer Kultur des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung. Dieses ist ihr unverwechselbarer Beitrag zu einer Weltinnenpolitik.“*

*Präses Manfred Kock, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)*



## „Frieden entwickeln“ – Gewalt gezielter begegnen

www.zentralstellen-ez.de/frieden  
www.zentralstellen-ez.de/frieden

**Z**wei Wochen vor den Ereignissen des 11. Septembers 2001 gründeten das BMZ, die EZE/EED, die KZE/MISEREOR und weitere entwicklungs- oder friedenspolitische Institutionen die

„Gruppe Friedensentwicklung“, kurz „FriEnt“. Das Ziel: Neue Strategien zur Gewaltprävention und Deeskalation oder Schlichtung von Krisen und gewaltsamen Konflikten zu finden bzw. bestehende zu verbessern.

Die Förderung solcher Programme ist als eine besondere Herausforderung der staatlichen wie kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit seit längerem stärker in den Vordergrund getreten. Die Kirchen haben den Zusammenhang zwischen sozialer Gerechtigkeit und Frieden immer betont und mit ihrer Arbeit in vie-

len Ländern seit langem zum Abbau sozialer, ökonomischer und ökologischer Konfliktpotentiale beigetragen. Deutlicher wahrgenommen wird inzwischen aber auch, dass Entwicklungsarbeit in manchen Situationen Spannungen verstärken kann, wenn sich zuspitzende Konflikte falsch eingeordnet oder nicht rechtzeitig erkannt werden.

Daher ist ein weiterer Arbeitsschwerpunkt von EZE/EED UND KZE/MISEREOR, lokale Partner zu unterstützen, mehr Kompetenz in der Konfliktbearbeitung und der Krisenvorbeugung zu erwerben. Diese Fähigkeiten können über den lokalen Rahmen hinaus jedoch nur dann Wirksamkeit entfalten, wenn die Anstrengungen lokaler, nicht-staatlicher Akteure von Regierungen im Norden und im Süden anerkannt und mit Maßnahmen im politischen Raum verknüpft werden, die international, national und lokal Krisen verursachen. ←



Fotos: MISEREOR-Archiv



### → Stichwort ←

Die Kirchen sind auf vielen Ebenen, von den Gemeinden bis zu den Kirchenleitungen, mit Partnern im Süden verbunden. Die entwicklungspolitische Arbeit der Kirchen setzt sich dafür ein, daß soziale und ökonomische Disparitäten abgebaut werden und Strukturen entstehen, die es Menschen ermöglichen, ihre Rechte ohne Furcht vor Repressalien wahrzunehmen. In der christlichen Ethik sind Gerechtigkeit und Frieden eng miteinander verbunden. Die Arbeit der entwicklungsbezogenen evangelischen Werke und Einrichtungen versteht sich auch als Beitrag zum Weltfrieden. Der Zusammenhang von ungerechten Verhältnissen und Friedlosigkeit wird in den kirchlichen Äußerungen immer wieder ausdrücklich hervorgehoben: „Die Friedensbemühungen der Menschen müssen daher die Suche nach mehr Gerechtigkeit und den Ausgleich der sozialen Spannungen durch weltweite Entwicklungsprogramme mit einschließen“.

*Der Entwicklungsdienst der Kirche – Ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt. Eine Denkschrift der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für Kirchlichen Entwicklungsdienst. Herausgegeben vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 1973*

**Die kirchlichen Hilfswerke haben in den Jahren der Ost-West-Spannung ihre Option für die Armen aufrechterhalten. Die Begrifflichkeit von Frieden hat sich dabei verändert. Es ist nicht Frieden, wenn man über Verletzung von Menschenrechten hinwegsieht. Frieden kann erst dann werden, wenn Konflikte offen ausgetragen werden können und Gesellschaften Lösungsansätze finden, die die Eskalation in die Gewalttätigkeit verhindern.**

aus „Frieden muss von innen wachsen – Zivile Konfliktbearbeitung in der Entwicklungszusammenarbeit“, Ein Werkstattbericht der kirchlichen Hilfswerke (1999)

## Kampf gegen AIDS: F.A.C.T. in Simbabwe

**N**ach Angaben der Weltgesundheitsorganisation leben 68 Prozent der HIV-Infizierten in Afrika südlich der Sahara. Simbabwe hat eine der höchsten Infektionsraten des Kontinents. Schätzungen zufolge ist jeder vierte Erwachsene infiziert. Die Zahl der AIDS-Waisen wird bis 2005 voraussichtlich auf eine Millionen steigen.

F.A.C.T. (Family Aids Caring Trust), eine 1987 gegründete überkonfessionelle Hilfsorganisation, widmet sich der AIDS-Aufklärung sowie der Pflege bereits Erkrankter. Die Programme zur AIDS-Prävention werden am Arbeitsplatz, in Schulen und außerschulisch in Jugendclubs angeboten. Für AIDS-Waisen und Straßenkinder wurden Betreuungs-, für Infizierte und deren Angehörige Pflege- und Beratungsprogramme eingeführt.

Um eine Bewusstseinsbildung und Verhaltensveränderung in der Bevölkerung zu erreichen, werden ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgebildet, so genannte Promotoren. Sie erhalten eine Aufwandsentschädigung in Form von Fahrgeld, Verpflegung und Kleidung (spezielle Uniformen). Ihre Ausbildung erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Psychologie der Universität von Harare, unter Einbindung des Gesundheitsministeriums und von kirchlichen Gesundheitseinrichtungen. Beratung, das heißt, Wissensvermittlung in Theorie wie Praxis, ist heute ein Arbeitsschwerpunkt der Mitarbeiter von F.A.C.T.

Die Initiative arbeitet auch eng mit kommunalen Einrichtungen zusammen. Sie war maßgeblich am Aufbau des AIDS-Netzwerks ZAN (Zimbabwe AIDS Network) beteiligt. Aufgrund der erworbenen Erfahrungen ist F.A.C.T. ein gesuchter Partner anderer, mit AIDS befasster Organisationen.

Die EZE/EED hat F.A.C.T. in zwei Projektphasen mit einem Zuschuss des BMZ in Höhe von 275.000 € gefördert. ←



Fotos: epd-BfE (o.), Nicola Meerbusch (li.), Baumgarten/MISERERE (u.)

**Zitat**

*„Der Kampf gegen HIV/AIDS betrifft jeden von uns. In den zwanzig Jahren, seit die Welt zum ersten Mal von AIDS hörte, hat die Epidemie immer erschreckendere Ausmaße angenommen. Sie hat sich bis in jeden Winkel der Erde ausgebreitet. Sie hat fast 22 Millionen Menschen das Leben gekostet. Sie hat 13 Millionen Kinder zu Waisen gemacht. In Afrika sind die Auswirkungen von HIV/AIDS so verheerend, dass diese Epidemie eines der Haupthindernisse für die Entwicklung darstellt, die Verarmung ganzer Länder vorantreibt und ihre Fähigkeit, sich zu regenerieren, einschränkt. Die Krankheit verbreitet sich auch in einem beängstigenden Maße in Osteuropa und Asien. In Westeuropa ist die Bedrohung bei weitem nicht gebannt.“*

Kofi A. Annan, Generalsekretär der Vereinten Nationen



## Eine Kampagne gegen das Vergessen

**A**IDS ist eine weltweite Bedrohung. In Osteuropa verbreitet sich das Virus beispielsweise in erschreckendem Ausmaß. Im Kampf gegen AIDS wurden 2001 wichtige Entscheidungen gefällt:

- Aufgrund enormen öffentlichen Drucks ziehen internationale Pharmakonzerne im April 2001 eine Klage gegen die Regierung Südafrikas zurück. Die Firmen wollten die Rücknahme eines Gesetzes erzwingen, wodurch – ihrer Meinung nach – die südafrikanische Regierung ihre Patentrechte systematisch verletzt hätte.
- Im Juli 2001 findet in New York die erste HIV/AIDS Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen statt. Die Regierungen tragen der zentralen Bedeutung von kirchlichen Nichtregierungsorganisationen (NROs) für Gesundheits- und Bewusstseinsarbeit Rechnung: Im Plenum der Sondergeneralversammlung trägt ein Sprecher christlicher, islamischer und jüdischer NROs vor, dass für die Prävention und Behandlung von AIDS speziell die Zusammenarbeit von staatlichen Stellen und NROs intensiviert werden sollte. Eine enge Kooperation wird vereinbart.

Zwei Entscheidungen, die auch dank des Einsatzes der Kirchen zustande kamen. Zwei Beispiele, die nicht zuletzt auf die Lobbyarbeit der Kirchen in Deutschland zurückzuführen sind.

Auf Anregung des Ökumenischen Rates der Kirchen haben sich kurz darauf in Deutschland Hilfswerke, Initiativgruppen und Kirchengemeinden im „Aktionsbündnis gegen AIDS“ zusammengeschlossen, darunter die EZE/EED und die KZE/MISEREOR.

Die Initiative will nicht nur erreichen, dass in Deutschland signifikant mehr Mittel für weltweite AIDS-Prävention und Behandlung aufgebracht werden. Sie unterstützt daneben den Ansatz vieler NROs im Süden, dass das individuelle Recht auf Gesundheit, das im Internationalen Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte anerkannt ist, leitender Grundsatz für staatliche Politik und internationale Zusammenarbeit wird. ←



Fotos: Baumgarten/MISEREOR (l.), TAC (r.)



Foto: Nicola Meerbusch

In der fünf Millionen Stadt St. Petersburg schätzen Experten, dass 60.000 bis 70.000 Menschen heroinabhängig sind. Fast 90 Prozent von ihnen sind unter 28 Jahren. Es wird angenommen, dass sich in der Russischen Föderation zwei Prozent der Bevölkerung Drogen spritzen. ■ Der HIV-Virus verbreitet sich vor allem über die Spritzen der Drogenabhängigen, da nur rund ein Drittel neue Spritzen benutzt. Dies ist um so fataler, da die Spritzen in Gruppen von Drogenabhängigen ausgetauscht und die Nadeln wieder verwendet werden. Es existieren keine genauen Angaben darüber, inwieweit sich die Drogenabhängigen der Gefahr der HIV-Übertragung bewusst sind. ■ Viele der Betroffenen haben sich selbst aufgegeben. Die mangelnde Information und die vorherrschende fatalistische Einstellung geben ihnen keinen Anlass sich zu schützen. Dabei ist vielen Drogenabhängigen nicht klar, dass sie nicht nur sich selbst gefährden, sondern auch ihre oft an Drogen unbeteiligten Partnerinnen und Partner.

aus: „Das Schweigen brechen“, Studien- und Arbeitsheft für Gemeinden und Gruppen, „Aktionsbündnis gegen AIDS“, 2001



## Freiwillige im Einsatz gegen AIDS

**I**n Sambia sind etwa 20 Prozent der Erwachsenen, rund 1 Millionen Menschen, HIV-infiziert. Stark betroffen ist die Provinz Kupfergürtel (Copperbelt), in der ein Drittel der Gesamtbevölkerung des südafrikanischen Landes lebt; die meisten in Städten bzw. in Elendsvierteln an den Rändern der Städte.



Die katholische Diözese Ndola, in etwa deckungsgleich mit der Provinz Copperbelt, unterhält eine eigene AIDS-Abteilung. Schon Mitte der achtziger Jahre wurden im Auftrag der Diözese erste HIV/AIDS-Programme von Schwesterngemeinschaften angeboten. Diese reichten allerdings nicht aus. Seit 1993 verfügt die Diözese Ndola über eine AIDS-Koordinierungsstelle, die regelmäßig den Bedarf zur AIDS-Bekämpfung ermittelt. Ein niederländischer Arzt und eine italienische Kollegin sind seit Jahren für die Diözese in Elendsvierteln tätig.



Fotos: KNA-Bild

Das Programm umfasst:

- Förderung der häuslichen Pflege von chronisch Kranken, überwiegend AIDS-Kranken
- Weiterbildung und Betreuung von rund 700 freiwilligen, ehrenamtlichen Pflegekräften
- Betreuung von AIDS-Waisen in Pflegefamilien
- Schaffung von Ausbildungsstätten für die Bewohner der Elendsviertel
- HIV/AIDS-Aufklärungsprogramme für Schulen und Betriebe
- Druck und Vertrieb von Informationsmaterial

Für das in Ndola eingeführte Programm für AIDS-Infizierte und AIDS-Waisen erhielt der Bischof der Diözese, Dennis de Jong, 2001 den „Africa Prize for Leadership“ der Aktion „The Hunger Project“. Bischof de Jong habe Integrität und Offenheit in die AIDS-Diskussion gebracht, hieß es zur Begründung.

Seit 1994 wurde die Arbeit der Diözese Ndola von der KZE/MISEREOR mit Mitteln in Höhe von 314.000 € unterstützt. ←

*„Als mein Vetter Mathunya an AIDS starb, war es ihm nicht so schwer, seiner Familie und seinen Freunden zu sagen, dass er AIDS hatte. In seinen letzten Tagen haben wir die Familie zum Abschied versammelt und haben mit Mathunya seine Pläne für die Beerdigung besprochen. Wir fragten ihn, wie er den Gottesdienst haben wollte, und er sagte: ‚Ich möchte, dass Ihr den Leuten die Wahrheit erzählt, dass ich an AIDS gestorben bin.‘ Da haben wir einen Gottesdienst geplant, der sein Leben in die Mitte der Feier stellte, der aber auch alle warnte, die zur Beerdigung gekommen waren, vor allem die jungen Leute.“*

Maake Masango,  
Professor an der Universität von Pretoria in Südafrika



## Die Würde der Frau ist unantastbar

**F**rauen sind immer wieder Opfer sexueller Ausbeutung. Die Gefahr einer Infizierung mit dem HIV/AIDS-Virus ist eine Folge dieser bedrückenden Lebenssituation. Auf den Philippinen unterstützt die KZE/MISEREOR eine Initiative der Ordensfrau, Psychologin und Soziologin Mary Soledad Perpnan. Sie beschreibt den Alltag der schätzungsweise 500.000 Philippinas, die den sexuellen Wünschen in- und ausländischer Kunden zu Diensten sind, wie folgt:



Foto: KVA-Bild

„Sie ist zwischen 14 und 18 Jahre alt, katholisch, Tochter eines armen Bauern, Fischers oder Arbeiters und stammt gewöhnlich aus einer der vielen unterentwickelten Regionen der Philippinen. Sie hat vorher in einer Fabrik oder in der Landwirtschaft gearbeitet, war Hausangestellte oder arbeitslos, bevor sie einen Job in der ‚Unterhaltungsindustrie‘ als Kellnerin, Empfangsdame oder Tänzerin angenommen hat. Von hier gibt es einen fließenden Übergang zur Prostitution. Ihr Traum von einem Leben in materiellem Wohlstand zerplatzt dabei ebenso schnell, wie sie sich als Sünderin fühlt und von Schuldgefühlen geplagt wird. Sie wird verachtet, während die Profiteure wegen ihres Reichtums bewundert werden.“

Einmal in die Fänge der „Sex-Industrie“ geraten, werden die Prostituierten von ihren „Besitzern“ in einem Maße ausgebeutet, entwürdigt und ihrer Freiheit beraubt, dass in vielen Fällen von regelrechter Versklavung gesprochen werden muss. Eher zufällig kam Schwester Soledad 1980 in der damaligen US-Marinebasis Olangapo mit dem Elend dieser Frauen in Berührung und sah sich spontan vor eine neue Lebensaufgabe gestellt.

Von Anfang an verband sie dabei direkte Hilfe für betroffene Frauen mit politischer Lobbyarbeit gegen alle Formen sexueller Ausbeutung in der Tourismus-Branche. Zunächst richtete sie in Olangapo und Quezon City, den Städten mit den landesweit größten Rotlicht-Vierteln, Anlauf- und Beratungsstellen ein. ←



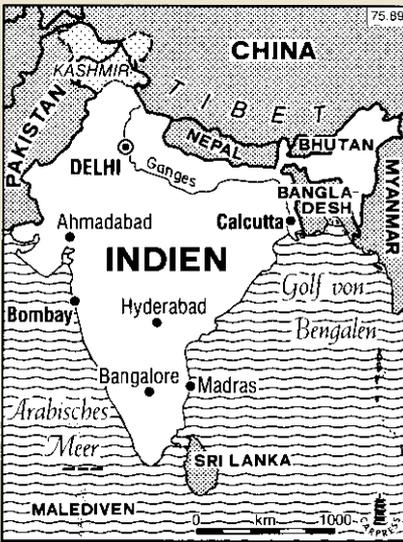
ECPAT, End Child Prostitution, Pornography and Trafficking of Children, ist eine internationale Kinderrechtsorganisation mit Sitz in Bangkok, die Kinderpornographie, -prostitution und -handel bekämpft. Dem Netzwerk gehören Organisationen aus 45 Ländern an, darunter der EED und MISEREOR.

### → Stichwort ←

**Sextourismus** In vielen Ländern treibt es Frauen aus Armut notgedrungen in die Prostitution oder die Familien prostituieren ihre Kinder. → Als Sextourist nutzen Sie das Elend im Gastland aus, auch wenn Sie es selbst vielleicht nicht bemerken. Die Aidsgefahr ist meistens ein Tabuthema, jedoch sehr viel größer als bei uns. → Wenn Sie sich an prostituierten Jungen und Mädchen im Ausland vergreifen, machen Sie sich auch noch deutschem Strafrecht schuldig. Es drohen hohe Gefängnisstrafen. → Was würden Sie empfinden, wenn Ihre eigenen Kinder von reichen, ausländischen Touristen missbraucht würden. → Sex mit Kindern ist ein Verbrechen – in Deutschland und anderswo!

aus: „Reisen mit Respekt – Tips für verantwortungsvolles Reisen“, Bonn 2001, herausgegeben von Tourism Watch, einer Fachstelle des EED

www.zentralstellen-ez.de/hoffnung  
www.zentralstellen-ez.de/hoffnung



## Ressourcen schützen – Ernährung sichern

**I**n Indien hat der Industrialisierungsprozeß der letzten Jahrzehnte zu einem Raubbau an den natürlichen Ressourcen geführt. Typische Erscheinungen wie eine zunehmende Entwaldung, Bodenerosion, katastrophale Überschwemmungen und Dürreperioden sowie die Verknappung von Wasser bedrohen dabei vor allem die Existenz der armen Bevölkerungsmehrheit.

Das „Centre for Science and Environment“ (CSE), Zentrum für Wissenschaft und Umwelt, in Neu Delhi sucht der immer schneller fortschreitenden Zerstörung der Umwelt zu begegnen. Es betreibt Umwelt- und Entwicklungsforschung sowie Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Ziel von CSE ist der Schutz der natürlichen Ressourcen, um die Ernährung der Armen zu sichern. Forschung und Information sind dabei unverzichtbare Instrumente: Die Zusammenhänge zwischen Ökologie und nachhaltiger Entwicklung sollen einer breiten Öffentlichkeit verdeutlicht werden. Öffentlichkeit ist eine Voraussetzung, um die staatliche und internationale (Umwelt-) Politik zu beeinflussen.



Zwei Beispiele: Eine vom CSE initiierte Kampagne gegen die Luftverschmutzung führte zu strengeren Normen für den Abgasausstoß; eine Konferenz zur Wassergewinnung weckte

bei verschiedenen Länderregierungen Interesse. Dies führte zu einer Verbreitung alternativer Formen der Wassergewinnung.

CSE berät zudem Aktionsgruppen, andere Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen in Umwelt- und Entwicklungsfragen. Zum Beispiel in den Bereichen Luft- und Wasserverschmutzung, Wasser- und Waldmanagement, Erhaltung der Flora und Fauna. Die Initiative unterhält ein umfangreiches Dokumentationszentrum mit Zeitungsarchiv und Bibliothek, inklusive Internet-Auftritt, eMail-Informations- und Pressedienst. CSE gibt monatlich das Umweltmagazin „Down to Earth“ heraus und publiziert regelmäßig einen Bericht zur Lage der Umwelt in Indien.

Das Zentrum für Wissenschaft und Umwelt beschäftigt gegenwärtig 88 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es wird von der EZE/EED seit Jahren unterstützt; zuletzt mit 700.000 €. ←

# Zitat

*„Der Zugang zu den biologischen Ressourcen ist für die Ureinwohner, die indigenen Völker, ein besonders wichtiges Thema. In vielen Ländern wird derzeit eine Gesetzgebung für den Zugang zu biologischen und genetischen Ressourcen entwickelt. Mittlerweile werden wir von den Regierungen als Beteiligte an dem Prozess akzeptiert. Wir fordern aber eine stärkere Position als Verhandlungspartner mit festgeschriebenen Rechten. Dazu gehört eine gerechte Vergütung für die Nutzung traditionellen Wissens der Ureinwohner.“*

*Joji Cariño vom Volk der Ibaloi, Philippinen*



Fotos: KMA-Bild

## Tourismus: Chancen, Risiken und Gefahren

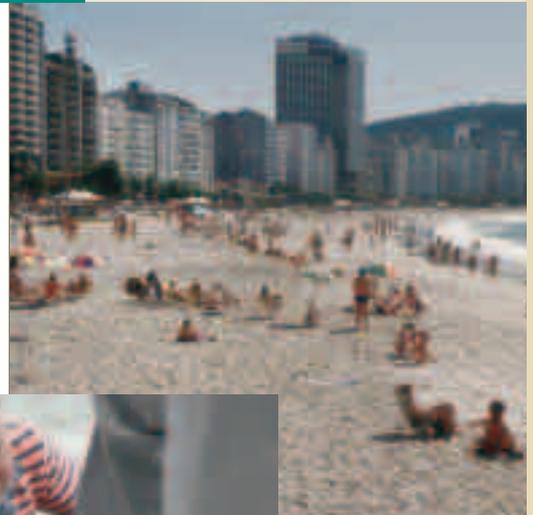
**M**it überdurchschnittlichen Wachstumsraten ist der Tourismus zum weltweit führenden Wirtschaftszweig geworden. Mit über 200 Millionen Beschäftigten gilt er als wichtigster Arbeitgeber und sieht sich selbst als Schrittmacher der Globalisierung.

„Der Urlaubstourismus aus den Industriestaaten in die Entwicklungsländer ist in den neunziger Jahren nicht nur volumenmäßig weiter angestiegen. Auch die von ihm (mit-)verursachten Probleme sind deutlicher und zum Teil gravierender geworden. Hierzu zählen soziale Auswirkungen, aber auch Umweltschädigungen in den Zielgebieten und globale Probleme wie die Erwärmung der Erdatmosphäre, die durch den zunehmenden Flugverkehr mitverursacht wird.“\*

Andererseits hat sich der Tourismus in einigen Entwicklungsländern zu einem Hoffnungsträger für eine stärkere Präsenz in der Weltwirtschaft entwickelt. Er lebt von der Vielfalt der Natur und der Kulturlandschaften der Welt, deshalb muss er zu ihrer Erhaltung beitragen. Tourismus wird dann einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung in den Zielgebieten leisten, wenn es gelingt, dies nicht mit der Zerstörung der Umwelt zu erkaufen.

Die Kirchen bringen gemeinsam mit ihren ökumenischen Partnern die Stimmen der „Bereisten“ in die Debatte um Ethik und Nachhaltigkeit im Tourismus ein und zielen im Rahmen von Bildungs- und Lobbymaßnahmen auf die Sensibilisierung von Touristen und Touristinnen für verantwortliches und begegnungsorientiertes Reisen.

Als Mitveranstalter des Internationalen „TO DO! Wettbewerb“ unterstützen und fördern sie beispielsweise umwelt- und sozialverantwortliche Alternativen im Tourismus. Jährlich werden dabei während der Internationalen Tourismusbörse Berlin (ITB) touristische Projekte oder Maßnahmen prämiert und präsentiert, an denen die lokale Bevölkerung in besonderer Weise partizipiert, die Einkommen schaffen und Rücksicht auf Kultur und Lebensweise der Menschen nehmen. ←



*„Denken wir doch einmal an die vielen Luxushotels in Ländern wie Tunesien, Marokko und Ägypten oder in noch ärmeren Ländern wie Gambia oder dem Senegal. Da kommen die Gäste an die üppigen Büfets und beschweren sich, wenn mal ein braunes Blatt im Salat ist. Das Ganze geschieht unter den Augen der einheimischen Hotelangestellten, deren Familien oft in großer Armut leben. Sie beobachten, wie ihr wertvolles Wasser verschwendet wird, damit die Golfplätze schön grün sind und die Touristen täglich duschen können. Kleine Kinder lernen, dass sie mit Betteln mehr Geld verdienen können als der Vater und gehen deshalb nicht zur Schule.“*

*Leserbrief im Fachmagazin „Fremdenverkehrswirtschaft“, Nr. 22/2001*

*\*aus einer vom BMZ und der EKD geförderten Studie über Tourismus und Entwicklung*



Fotos: KWA-Bild

## Gerechter teilen, nachhaltig wirtschaften



**L**ändliche Entwicklung, die Sicherung kleinbäuerlichen Überlebens, war von Anfang an ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit kirchlicher Hilfswerke.

Ein Beispiel dafür ist das Agrarland Paraguay: 95 Prozent aller Einnahmen stammen aus dem Export landwirtschaftlicher Produkte. Weitere Merkmale: Ein Prozent der Betriebe bewirtschaftet 80 Prozent der Nutzfläche, 93 Prozent der Bauern verfügen nur über 10 Prozent. Monokulturen, vor allem Soja und Baumwolle, sind vorherrschend; die Kosten-Nutzen-Relation vieler kleinbäuerlicher Betriebe ist ungünstig. Traditionelle, Ressourcen schonende Anbaumethoden gehen zurück.



Fotos: INA-Bild

*„... damit sie Leben  
in Fülle haben“*

*Johannes 10,10*

# Zitat

*„Leben in Fülle ist mehr als eine rhetorische Floskel. Es ist ein Angebot, das uns, wenn wir es ernst nehmen, die Politik und unser Wirtschaften, die Gesellschaft und unsere familiären Beziehungen überdenken lässt. Wie produzieren und konsumieren wir unsere Lebensmittel? Wie gehen wir mit den natürlichen Ressourcen um? Die Zusage, dass Leben in Fülle sich auf alle und alles erstreckt, wendet den Tod und den Untergang der Schöpfung ab, zu dem wir verurteilt wären, wenn unsere Habgier von den Wäldern Besitz ergreifen und alles der Monokultur und dem Eigentum weniger unterwerfen würde.“*

*Wanda Deifelt, Pfarrerin der Evangelischen Kirche lutherischen Bekenntnisses in Brasilien*

CECTEC Centro de Educacion, Capacitacion y Tecnologia Campesina, ein im nachhaltigen Landbau erfahrenes „Zentrum für bäuerliche Bildung und Technologie“, unterstützt Kleinbauern seit mehr als 15 Jahren. 1985 von Mitarbeitern einer Landwirtschaftsschule des Franziskanerordens gegründet, hat CECTEC das Wissen um traditionelle Anbaumethoden gefördert, Ausbildungsprogramme entwickelt sowie Promotoren für landwirtschaftliche Förderprojekte geschult. Etwa 300 traditionelle Anbaumethoden wurden bisher systematisiert und in einer Heftreihe praxisnah dokumentiert.

CECTEC organisiert Landwirtschaftsausstellungen und den Austausch alter Saatgutsorten verschiedener Regionen, was die biologische Vielfalt fördert, Ernährung der armen Bevölkerung sichert und dem Ressourcenschutz dient. Es werden Seminare angeboten, unter anderem zu Themen wie Bodenschutz und Methoden zur Verbesserung der Fruchtbarkeit des Ackerlandes.

Die KZE/MISEREOR hat die Arbeit von CECTEC bisher aus Mitteln des BMZ in Höhe von 340.000 € unterstützt. Weitere Gelder sind bestimmt für eine systematische Dokumentation erfolgreicher kleinbäuerlicher Produktionssysteme, die Qualifizierung junger Bäuerinnen und Bauern und landwirtschaftlicher Beraterinnen und Berater sowie die Entwicklung von Schulungsmaterialien. ←



## Biologische Vielfalt erhalten und nachhaltig nutzen

**D**er Erhalt der biologischen Vielfalt ist eine wesentliche Bedingung für die Ernährungssicherung der Armen in den Ländern des Südens. Deshalb fördern kirchliche Hilfswerke Partnerorganisationen wie die indische Nichtregierungsorganisationen Navdanya. Mit der Unterstützung von EZE/EED leistet Navdanya einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung traditioneller Sorten von Feldfrüchten, traditionelles Wissen über die Anbaumethoden wird dokumentiert, die Bauern und Bäuerinnen werden bei der Vermarktung ihrer Produkte unterstützt.

In anderen Fällen vermittelt der EED qualifiziertes Personal für die Arbeit der Partner im Süden. Beispielsweise hat das „Red de Biodiversidad“ in Costa Rica eine Fachkraft angefordert, um die konkrete Arbeit vor Ort mit der internationalen politischen Diskussion zu verbinden.

Komplementär zu diesen Aktivitäten beteiligen sich die kirchlichen Hilfswerke an der politischen Diskussion in Deutschland. Beispielsweise treffen Vertreter des BMZ und der Kirchen regelmäßig im „Gesprächskreis Biotechnologie“ zusammen. Die EZE/EED und die KZE/MISEREOR haben durch Publikationen – etwa durch die Dokumentationen „Wem gehört die biologische Vielfalt?“ und „Patente auf Leben“ – über die Zusammenhänge zwischen dem Schutz der biologischen Vielfalt, dem Patentrecht und der Bedrohung der Ernährungssicherheit aufmerksam gemacht.

Die kirchlichen Hilfswerke versuchen, durch diese Arbeit auf die Gestaltung der internationalen Rahmenbedingungen Einfluss zu nehmen. Zum Beispiel indem sie die Umsetzung der Konvention über biologische Vielfalt und eine Revision des internationalen Patentrechts im TRIPS-Abkommen der Welthandelsorganisation über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights) fordern. ←



Fotos: KNA-Bild (li.), Monday/MISEREOR (re.)

**Einspruch gegen Mais-Patent** ■ Greenpeace und MISEREOR gehen gemeinsam gegen ein umfassendes Mais-Patent des Konzerns DuPont vor. Der Chemiekonzern und weltweit größte Saatgutanbieter sichert sich mit dem Patent ein Monopol, ohne dass die Herkunftsländer der Pflanze, wie zum Beispiel Mexiko, um Zustimmung gefragt wurden. Bevor die Einspruchsfrist am Europäischen Patentamt (EPA) in München endet, legen die beiden Organisationen Einspruch ein gegen diesen Fall von Bio-Piraterie. ■ Das Patent EP 744888, das das EPA am 30. August 2000 erteilte, umfasst alle Maispflanzen, die einen bestimmten Anteil Öl- und Ölsäure überschreiten. Es handelt sich in diesem Fall nicht um eine gentechnische Manipulation, sondern um den natürlichen Ölgehalt. DuPont hat mit dem Patent auch das Recht erhalten, über die gesamte Produktkette einer der wichtigsten Nutzpflanzen der Erde zu bestimmen, über Futter- und Lebensmittel, die den Mais enthalten, sowie deren Verwendung.

aus einer im Mai 2001 veröffentlichten Presseerklärung von Greenpeace und MISEREOR

www.zentralstellen-ez.de/ressourcen  
www.zentralstellen-ez.de/ressourcen



Foto: Lippoth/MISEREOR



Fotos: KNA-Bild (o.), Sayer/MISEREOR (e.)

# Zitat

*Das BMZ und die beiden großen Kirchen in Deutschland verbindet eine lange, intensive und fruchtbare Zusammenarbeit. ... Die Entwicklungspolitik sollte der Sache des Friedens dadurch dienen, dass sie bei ihrer eigenen Sache bleibt: der Bekämpfung der Massenarmut in ihren vielfältigen, nicht allein materiellen Dimensionen und Erscheinungsformen.*

*Kardinal Karl Lehmann,  
Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz am 7. 11. 2001  
beim Festakt zum 40jährigen Bestehen des BMZ.*

**Katholische Zentralstelle für  
Entwicklungshilfe e.V.**

→ **Katholische Zentralstelle für  
Entwicklungshilfe e.V.**  
c/o Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V.  
Mozartstraße 9, 52064 Aachen

**MISEREOR**

**Evangelische Zentralstelle für  
Entwicklungshilfe e.V.**

→ **Evangelische Zentralstelle für  
Entwicklungshilfe e.V.**  
c/o Evangelischer Entwicklungsdienst e.V.  
Ulrich-von-Hassell-Straße 76, 53123 Bonn

**+ eed**  
Evangelischer  
Entwicklungsdienst

**Bundesministerium für  
wirtschaftliche Entwicklung  
und Zusammenarbeit  
(BMZ)**

→ **Bundesministerium für wirtschaftliche  
Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ)**  
■ Erster Dienstsitz Bonn:  
Friedrich-Ebert-Allee 40, 53113 Bonn  
■ Zweiter Dienstsitz Berlin:  
Stresemannstraße 94, 10963 Berlin

 **Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung**